

VERTRAULICH

Nr. 4 1990
P R O T O K O L L
über
die Verhandlungen des Bankausschusses der
S c h w e i z e r i s c h e n N a t i o n a l b a n k

Sitzung vom 18. Mai 1990
im Konferenzzentrum des Kaiserhauses
an der Amthausgasse 22 in Bern
Beginn der Sitzung: 08.30 Uhr

Anwesend sind vom Bankausschuss

P. Gerber, Aarberg, Präsident
E. Belser, Liestal
P. Borgeaud, Winterthur
F. Carruzzo, Sion
Dr. K. Lareida, Aarau
Dr. R. Mengiardi, Chur
C. de Mercurio, Lausanne
F. Reimann, Thun
Dr. L. Uchtenhagen, Zürich

vom Direktorium

Dr. M. Lusser, Zürich, Präsident
Dr. H. Meyer, Bern, Vizepräsident
J. Zwahlen, Zürich, Mitglied

Entschuldigt abwesend vom Bankausschuss ist

Dr. J. Schönenberger, Wil, Vizepräsident

Ferner nimmt an der Sitzung teil

Dr. A. Frings, Zürich, Direktor und Generalsekretär

Vorsitz: P. Gerber, Aarberg, Präsident

Protokoll: Dr. H.-Ch. Kesselring, Bern, Vizedirektor
M. Gremaud, Zürich



18. Mai 1990

I. Protokollgenehmigung

Adoption du procès-verbal

Der B a n k a u s s c h u s s genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 6. April 1990.

Le C o m i t é d e b a n q u e approuve le procès-verbal de la séance du 6 avril 1990.

II. Wirtschafts- und Währungsfrage

Situation économique et monétaire

Die M i t g l i e d e r d e s D i r e k t o r i u m s erstatten die im Anhang wiedergegebenen Berichte über die Wirtschafts- und Währungsfrage.

Der V o r s i t z e n d e dankt den Mitgliedern des Direktoriums für die ausführlichen Berichte und eröffnet die Diskussion.

Frau Dr. U c h t e n h a g e n ist sehr froh über die Ausführungen von Herrn Dr. Lusser: Sie setzen bezüglich Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen einen andern Akzent als die Informationen, die Frau Dr. Uchtenhagen seinerzeit von Herrn Bundesrat Stich erhalten hat und die die Situation sehr optimistisch wiedergaben. Es ist - nicht zuletzt im Hinblick auf eine Volksabstimmung - wichtig, dass die Schwierigkeiten offen auf den Tisch gelegt werden. Frau Dr. Uchtenhagen bedauert allerdings, dass die Öffentlichkeit über die Bedingung, im Rat der Exekutivdirektoren Einsitz nehmen zu können, bereits derart eingehend informiert worden ist. Sollte sich dies in den Verhandlungen nicht durchsetzen lassen, so könnte sich die ganze Publizität im nachhinein als Falle erweisen. Frau Dr. Uchtenhagen würde dies umso mehr bedauern, als es in der SP nur dank grosser Anstrengungen und dank hart errungener Kompromisse gelungen ist, den negativen Parteitagsbeschluss betreffend Beitritt zum IWF wieder rückgängig zu machen.

Herr R e i m a n n schliesst sich Frau Dr. Uchtenhagen an und hat den Eindruck gewonnen, dass es sich beim Exekutivdirektorensitz um eine Prestigesache handelt. Parlament und Volk hätten den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen bei

18. Mai 1990

Nichtgewährung des Sitzes im Rat der Exekutivdirektoren von sich aus bisher wohl kaum abgelehnt. Da nun die Forderung nach einem Direktorensitz jedoch öffentlich als Bedingung deklariert worden ist, könnte - sollte das Ziel nicht erreicht werden - die Vorlage in der Volksabstimmung Schiffbruch erleiden. Wäre es nicht möglich, vorerst ohne diese Bedingung beizutreten und sich dann später um einen Exekutivdirektorensitz zu bewerben?

Herr Reimann bezieht sich ferner auf die oft zu hörende Aussage, dass eine Höherbewertung des Frankens das beste Mittel sei, um einen weiteren Anstieg der Zinssätze in der Schweiz zu vermeiden. Obwohl der Franken in den letzten Wochen deutlich an Wert gewonnen hat, wird immer noch von einer vierten Hypothekarzinsrunde gesprochen.

Herr Dr. L a r e i d a hat die Ausführungen von Herrn Bundesrat Stich zum IWF-Beitritt der Finanzdirektoren als objektiv empfunden und möchte daher das Votum von Frau Dr. Uchtenhagen etwas relativieren. Probleme werden sich allerdings ergeben, wenn der IWF der Schweiz keinen Exekutivdirektor zugestehen will.

Herr B o r g e a u d nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Zwahlen und weist auf die enorme Bedeutung hin, die den "human resources" im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands zukommt: Der grosse Engpass liegt in diesem Bereich: Die Investitionen werden nur dann Früchte tragen, wenn es gelingt, im Westen geeignete Leute zur Lösung der Probleme in Ostdeutschland und zur Ausbildung der dortigen Arbeitskräfte freizusetzen.

Monsieur d e M e r c u r i o relève que les hôteliers suisses ont reçu de nombreuses demandes venant de pays de l'Est, en particulier d'Allemagne, de Hongrie, de Tchécoslovaquie et d'URSS. En matière d'hôtellerie et de tourisme, les pays de l'Est se heurtent à un problème fondamental, l'absence de formation professionnelle. La Société suisse des hôteliers et les écoles hôtelières examinent ce qui pourrait être fait dans ce domaine. Pour les hôteliers suisses, il n'est guère envisageable de se lancer dans des projets à l'Est si des efforts considérables ne sont pas consentis pour développer la formation professionnelle.

Herr Dr. M e n g i a r d i knüpft an die Ausführungen von Herrn Borgeaud an und weist darauf hin, dass sich auch die Verwaltung in Ostdeutschland vor die Frage der "human resources" gestellt sieht.

18. Mai 1990

Herr Dr. L u s s e r nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Dr. Uchtenhagen: Die unterschiedlichen Akzente, die Frau Dr. Uchtenhagen zwischen Herrn Bundesrat Stich und ihm ausmacht, dürften nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass Frau Dr. Uchtenhagen ihre Informationen von Herrn Bundesrat Stich offenbar in einem frühen Stadium erhalten hat, nämlich unmittelbar nach der im März erfolgten Orientierung der Amerikaner über die Beitrittsabsichten der Schweiz. Die Amerikaner haben uns ihre Antwort jedoch erst anlässlich der Jahresversammlung der Bretton-Woods-Institutionen vor einer Woche gegeben.

Es ist richtig, dass der Beitrittswunsch der Schweiz überall sehr positiv aufgenommen wurde. Dies ist auch nicht weiter erstaunlich, da die Schweiz ja eine der wenigen Gläubigernationen ist und die meisten Mitglieder des IWF Schuldner sind. Mehr Zurückhaltung spürte die Delegation jedoch in bezug auf die Wünsche der Schweizer, im Rat der Exekutivdirektoren vertreten zu sein. Sollte die Schweiz bei diesem Begehren deshalb zurückstecken? Hiezu stellt Herr Dr. Lusser die folgenden Ueberlegungen an:

1. Herr Bundesrat Stich fordert einen Exekutivdirektorensitz vor allem aus politischen Gründen: Er will damit die Chancen einer Annahme der Vorlage durch das Volk bei einem allfälligen Referendum erhöhen. Diese mehr innenpolitische Sicht ist sicher realistisch.
2. Für Herrn Dr. Lusser steht demgegenüber die Frage, ob der Beitritt der Schweiz zum IWF Folgen für die Geldpolitik haben wird, im Vordergrund. Heute hat der Währungsfonds - abgesehen von öffentlich erteilten Ratschlägen und Appellen - im Gegensatz zu den Schuldnerländern praktisch keine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Ueberschussländer. Tritt die Schweiz dem IWF bei, so zeichnen sich deshalb kaum auf politischer sondern lediglich auf operationeller Ebene Probleme ab: Gewährt der IWF nämlich Kredite in Schweizer Franken und werden die entsprechenden Mittel abgezogen, so berührt dies die Geldmengensteuerung in der Schweiz: Es ist daher wichtig, dass der entsprechende Informationsfluss - die rasche und umfassende Orientierung - sichergestellt ist: Die beste Möglichkeit hiefür ist ein Sitz der Schweiz im Rat der Exekutivdirektoren.
3. Als Gläubigerland und Nichtmitglied des IWF haben wir in den bilateralen Verhandlungen mit dem IWF heute eine recht starke Stellung und entsprechende Einwirkungsmöglichkeiten. Ein Beitritt zum IWF ohne Sitz im Rat der Exekutivdirektoren würde unsere Stellung gegenüber dem IWF im Vergleich zu heute schwächen. Aehnliches gilt für die Weltbank.
4. Alle Mitglieder der Zehnergruppe verfügen beim IWF grundsätzlich über einen eigenen Exekutivdirektorensitz. Schweden macht allein eine gewisse Ausnahme. Es teilt seinen Sitz freiwillig im Turnus mit den andern skandinavischen

18. Mai 1990

Ländern. In der Zehnergruppe sind wir nicht das unbedeutendste Mitglied: Bei der Gewährung von Krediten - zum Beispiel bei Ueberbrückungskrediten, die die Notenbanken der G-10 im Rahmen der BIZ gewähren - wird von uns erwartet, dass wir uns zwischen die "mittleren" Länder wie Kanada oder Italien und den "kleinen" Ländern wie Holland, Belgien und Schweden einordnen. Im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarung bringen wir rund 6 % der Mittel auf. Der Wunsch nach einem Sitz im Rat der Exekutivdirektoren ist deshalb nicht hohles Prestigedenken. Er soll auch unsere Rolle im Zehnerklub absichern. Es handelt sich dabei allerdings um ein delikates Thema. Es wäre verfehlt, es allzusehr auf den öffentlichen Markt zu tragen und damit die Verhandlungen zu belasten.

Herr Dr. Lusser ist sich nach diesen Ueberlegungen nicht so sicher, ob der Exekutivdirektorensitz in der Meinung der Öffentlichkeit wirklich eine so geringe Rolle spielen wird. Er kann bei einem Referendum von Bedeutung sein. Es gibt daneben noch weitere Aspekte, die es im Auge zu behalten gilt, falls es zu einer Abstimmung kommen sollte. Es wird sicher der Vorschlag gemacht werden, die gut 6 Mrd. Franken, die der Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen binden würde, anderweitig zu verwenden. Die SP und die Hilfswerke erheben den Anspruch, die Politik des IWF im Sinne vermehrter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien zu ändern. Auch dieser Aspekt ist heikel. Würden sich unsere Behörden solche Anliegen zu eigen machen, begäbe sich die Schweiz in Opposition nicht nur zu den Vereinigten Staaten sondern auch zu europäischen Ländern. Die Forderungen der SP und der Hilfswerke waren zum Zeitpunkt der Gespräche mit den Mitgliedern der Zehnergruppe glücklicherweise noch nicht bekannt. Müssten die Mitglieder der Zehnergruppe damit rechnen, dass die Schweiz auf die Linie von SP und Hilfswerken einschwenkt, so würden sie sich wohl gegen eine hohe schweizerische Quote wehren. Wenn diese Länder am Beitritt der Schweiz zum IWF, den sie als währungspolitische und nicht als gesellschaftspolitische Institution erachten, interessiert sind, so darum, weil sie damit rechnen, dass die Schweiz sie in ihren Bemühungen um Stabilität unterstützen wird. Im übrigen vertritt Herr Dr. Lusser die Meinung, dass sich der Währungsfonds als währungspolitische Institution auch aus der Optik der SNB aus der Entwicklungs- und Gesellschaftspolitik heraushalten sollte. Nur so kann er seiner Aufgabe - der makroökonomischen Stabilisierungspolitik - gerecht werden.

Was die Geldpolitik betrifft, so unterstützt Herr Dr. Lusser die Ausführungen von Herrn Zwahlen. Der gegenwärtige restriktive Kurs muss fortgesetzt werden: Die Wirtschaft - vor allem der Export - läuft nach wie vor auf Hochtouren. Herr Dr. Lusser erachtet es als verhängnisvoll, wenn die Nationalbank zu früh lockerte. Es ist richtig, dass die Höherbewertung des Frankens den Spielraum in der Geldpolitik etwas erweitert. Die Nationalbank hat diesen Spielraum bereits genutzt: Die Geldmarktsätze haben leicht nachgegeben. Ein starker Rückgang der

18. Mai 1990

Geldmarktsätze ist angesichts des gegenwärtigen Booms jedoch unerwünscht. Er könnte auch die erreichte Stabilisierung des Frankens gefährden.

Ob sich auch die Lage am Kapitalmarkt etwas entspannen und damit vielleicht sogar eine weitere Hypothekarzinsserhöhung vermieden wird, ist schwer zu sagen. Die Entwicklung am Kapitalmarkt hängt von den Erwartungen der Anleger ab: Rechnen diese mit einem Rückgang der Zinssätze, so werden sie versuchen, die gegenwärtigen hohen Zinsen durch Käufe von Obligationen langfristig "anzubinden". Die Renditen am Kapitalmarkt unterliegen dann einem starken Druck, so dass ein weiterer Anstieg der Hypothekarsätze auf breiter Basis unterbleibt. Erwarten die Investoren hingegen, dass die Hochzinsphase anhält, so werden sie weiterhin ihre Mittel in Festgeldern anlegen, und eine Entspannung am Kapitalmarkt bleibt einstweilen aus. Welche Banken sich unter diesen Umständen zu einer nochmaligen Erhöhung der Hypothekarsätze gezwungen sehen werden, hängt von der Refinanzierungslage ab. Diese ist von Bank zu Bank verschieden. Herr Dr. Lusser weist darauf hin, dass noch nicht einmal alle Banken die dritte Hypothekarzinsserhöhung vorgenommen haben. Er erachtet daher die Wahrscheinlichkeit, dass es noch zu einer allgemeinen vierten Hypothekarzinsserhöhung kommen wird, als recht gering an.

Was die deutsche Vereinigung betrifft, so stellen sich im institutionellen und rechtlichen Bereich in der Tat enorme Probleme. Ihre Lösung ist die Voraussetzung dafür, dass die so notwendigen privaten Investitionen in die DDR fliessen. Herr Dr. Lusser hat bei seinem vorletzten Besuch in der Bundesrepublik diesbezüglich einen deutlichen Meinungsumschwung festgestellt: Hatte er noch vor einigen Monaten den Eindruck gewonnen, jedermann warte nur noch auf das Startzeichen, um dann massiv in der DDR zu investieren, so erscheint ihm die Stimmung heute sehr viel zurückhaltender. Die Banken sind zwar bestrebt, Ostdeutschland mit einem Netz von Filialen zu überziehen. Es geht ihnen dabei einstweilen aber nur um die frühe Präsenz. Ihre Tätigkeit sehen sie jedoch vor allem in der Beratung. Kredite wollen sie allenfalls an Kleinunternehmer vergeben, so dass die grösseren Unternehmungen - jedenfalls in der ersten Zeit - auf selbsterwirtschaftete Mittel angewiesen sind. Die deutsche Industrie befindet sich zu grossen Teilen noch in Warteposition. Der Erneuerungsprozess zieht sich dadurch in die Länge.

Dem Vernehmen nach sind die Bonner Ministerien derzeit vor allem damit beschäftigt, die rechtlichen Grundlagen für Ostdeutschland bereitzustellen. Die Angliederung der DDR wird wahrscheinlich gemäss Artikel 23 des Grundgesetzes - das heisst über den Anschluss der Länder mit Uebernahme des westdeutschen Rechts - erfolgen. Die Umstellungen, die dies für die Bevölkerung Ostdeutschlands mit sich bringen wird, dürfen nicht unterschätzt werden: In der DDR wurden bisher keine Steuern erhoben, der Arbeitsplatz war sicher, etc. Bei der Uebernahme der westdeutschen Eigentumsordnung dürfte vor allem die Regelung des Grundbesitzes eine heftige Kontroverse auslö-

18. Mai 1990

sen. Von der Linken bis weit in die Reihen der Rechten ertönt in der DDR der Wunsch, dass eine Form des Gemeineigentums beibehalten wird. Manche Frage - wie etwa die nach der Herkunft der Mittel für die Erhaltung der Liegenschaften - ist dabei bis heute unbeantwortet geblieben.

Insgesamt erhält man den Eindruck, dass noch einige Zeit verstreichen wird, bis der Wirtschaftsaufschwung in Ostdeutschland einsetzt.

Herr Dr. M e y e r hält ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Dr. Lusser fest, dass zwischen Bundesrat und Direktorium bisher noch keine Konsultationen über das Vorgehen bei der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums und in bezug auf den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen stattgefunden haben. Solche Konsultationen sind jedoch laut Nationalbankgesetz vorgesehen. Das Direktorium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, selbst die Initiative zum Gespräch mit dem Bundesrat zu ergreifen.

Herr Dr. Meyer hält seine Gedanken zum Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen in vier Punkten fest:

1. Der Beitritt ist begrüssenswert und entspricht dem 1982 gefällten Grundsatzentscheid.
2. Die Frage des Zeitpunkts ist nach wie vor kontrovers. Herr Dr. Meyer hat diesbezüglich keine Präferenzen.
3. Bis heute war das Direktorium stets der Ansicht, dass ein Beitritt nur dann in Frage kommt, wenn der Schweiz auch ein Sitz im Rat der Exekutivdirektoren eingeräumt wird: Der Beitritt darf unsere Stellung gegenüber dem Fonds, mit dem wir heute sehr gute Beziehungen pflegen, nicht verschlechtern.
4. Herr Dr. Meyer hegt schliesslich grosse Bedenken gegen eine gleichzeitige Behandlung des IWF-Beitritts und der Integration in den Europäischen Wirtschaftsraum. Die Gegner der beiden Vorlagen würden die doppelte Vorlage mit vereinten Kräften bekämpfen. Es sollten dringend Prioritäten gesetzt werden. Nach Meinung von Herrn Dr. Meyer ist die Regelung des europäischen Wirtschaftsraums von grösserer Dringlichkeit als der Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen.

Monsieur Z w a h l e n précise au sujet de l'évolution des cours de change et des taux d'intérêt que la rémunération de l'argent au jour le jour a passé de 9% au début de l'année à quelque 8% aujourd'hui. Le raffermissement du franc sur les marchés des changes n'est pas étranger à ce repli. Toutefois, il faut interpréter avec prudence les mouvements des taux à très court terme. Ceux-ci sont en effet très sensibles et peuvent fluctuer fortement, de sorte qu'une nouvelle hausse n'est

18. Mai 1990

pas à exclure. Pour ce qui a trait aux taux hypothécaires, il est peut-être utile de souligner, en complément des commentaires formulés par Monsieur Lusser, que les banques ne pourront très vraisemblablement plus compter autant que dans le passé sur les dépôts d'épargne pour financer leurs prêts hypothécaires. Le petit épargnant, longtemps spolié du fait de la faible rémunération servie sur les dépôts d'épargne, a pris conscience des autres possibilités qui lui sont offertes. Par conséquent, si l'on laisse agir les forces du marché, les taux hypothécaires ne retrouveront sans doute jamais le bas niveau qu'ils avaient ces dernières années. Il en résultera des conséquences qu'il serait bon d'examiner sous l'angle économique et social.

Les remarques de Messieurs Borgeaud, de Mercurio et Mengiardi à propos des pays de l'Est sont tout à fait pertinentes. Le passage d'une économie planifiée à une économie de marché soulèvera d'énormes difficultés. Il faudra beaucoup de temps pour changer les mentalités, développer le sens des responsabilités et former du personnel qualifié. Les entreprises de l'Ouest qui créeront des filiales à l'Est devront y envoyer des cadres, ce qui ne sera de loin pas aisé compte tenu de la pénurie de personnel qualifié qui règne généralement dans les économies occidentales. Peut-être, des réfugiés - par exemple des Allemands de l'Est qui sont venus s'établir à l'Ouest ces dernières années et qui bénéficient maintenant d'une bonne formation - accepteront-ils plus volontiers de retourner dans leur pays d'origine s'ils y trouvent des avantages, notamment sur le plan des salaires.

En Allemagne de l'Est, il faudra très rapidement mettre sur pied une administration prête à répondre aux nouvelles exigences. On sait par exemple que la Banque fédérale d'Allemagne cherchera autant que possible à envoyer à l'Est ses propres agents. Elle préfère cette solution au recours à du personnel local car elle craint que les Allemands de l'Est qui ont fait partie de l'ancien appareil d'Etat ne mettent trop les bâtons dans les roues.

L'économie est-allemande ne bénéficiera vraisemblablement pas très rapidement d'un essor. Mais d'importants moyens financiers y seront investis, notamment pour des infrastructures. Ainsi, on peut dire que des goulets d'étranglement risquent de se faire sentir dans l'industrie de la construction. En outre, le secteur de la sous-traitance et le domaine de l'artisanat se développeront sans doute à un rythme très soutenu.

Au sujet du FMI, Monsieur Zwahlen estime que notre demande d'adhésion vient trop tard. Nous aurions dû agir alors que le franc était une monnaie forte incontestée et que notre place financière jouissait d'un prestige envié. A cette époque, notre demande aurait certainement eu de bien meilleures chances d'être acceptée aux conditions qui, pour nous, sont essentielles. Aujourd'hui, on ne peut que se féliciter de voir les choses bouger dans ce domaine, mais il nous faudra beaucoup lutter pour atteindre notre but. On peut craindre que le

18. Mai 1990

peuple suisse perde courage et devienne réticent face à cette question, d'autant que les arguments en faveur d'une adhésion ne sont guère commentés dans les médias. Le FMI est la seule grande organisation internationale qui traite des questions monétaires, et il n'est pas logique qu'un pays aussi important que le nôtre n'en fasse pas partie. Cette organisation joue aussi un rôle de premier plan lors de la préparation des sommets que tiennent les sept plus grands pays industrialisés. Un pays qui n'a pas voix au chapitre parce qu'il n'est pas membre de l'organisation ne peut faire valoir ses points de vue. Or les questions monétaires sont fondamentales. En outre, les documents publiés par le FMI ne sont pas d'un accès facile pour ceux qui n'ont pas participé à leur élaboration. Il est donc nécessaire que nous montrions clairement les arguments qui parlent en faveur d'une adhésion au FMI.

Nous devons aussi prendre garde car, à force de rester à l'écart de tout, nous risquons de nous enfermer dans une suffisance intellectuelle et de perdre l'habitude de confronter nos idées à celles des autres. Il y aurait là, pour nous, une perte de substance dans la réflexion et dans l'approche intellectuelle des problèmes. Nous devons nous méfier de cette tendance à nous replier sur nous-mêmes.

L'adhésion au FMI, aux conditions que nous souhaitons, ne se fera pas sans une longue lutte. N'oublions pas que les Japonais se sont battus pendant plus de sept années pour occuper, au FMI, le deuxième rang après les Etats-Unis. Les Belges et les Néerlandais craignent que notre entrée au FMI se fasse à leur détriment. Nous aurions par conséquent intérêt à montrer rapidement aux Européens que nous souhaitons obtenir un 23e siège au Conseil d'administration et que nous ne visons qu'un siège déjà occupé par un pays communautaire. Ce serait dommageable pour notre politique d'intégration européenne.

Le chef de file d'un groupe de pays ("Constituency") doit consacrer beaucoup de temps à rechercher le consensus entre les membres. Ainsi, le groupe des pays scandinaves - un groupe qui est très homogène - ne fonctionne bien que grâce aux efforts constants du chef de file. Celui-ci doit en effet veiller à harmoniser les points de vue pour parvenir à des prises de position communes. D'autres groupes de pays connaissent des difficultés parce que leur chef de file ne prend pas la peine de rechercher des consensus et se borne à informer de temps à autre les membres. Les pays qui participent à de tels groupes sont bien entendus mécontents.

Dans sa prise de position sur l'adhésion, le parti socialiste suisse a peut-être oublié que le FMI a développé ces dernières années un arsenal - facilité d'ajustement structurel renforcée, mécanisme pour aléas extérieurs, mécanisme de financement compensatoire pour aléas extérieurs - pour venir en aide aux pays les plus pauvres. C'est là un volet du FMI qui va dans le sens souhaité par le parti socialiste. A côté de ce volet, le FMI doit aussi jouer le rôle de policier, rôle qui peut paraître sans doute dur, mais qui est indispensable. Le FMI est en

18. Mai 1990

effet la seule organisation internationale ayant la possibilité d'amener des pays à remettre de l'ordre dans leur économie.

Herr B o r g e a u d ist mit der Wertung, die Herr Dr. Meyer in Punkt 4 seiner Ausführungen vorgenommen hat, voll einverstanden. Es erscheint ihm wichtig, dass das Direktorium seine Meinung in dieser Sache nach aussen hin klar und deutlich vertritt.

Herr Dr. L u s s e r weist darauf hin, dass im Bundesamt für Aussenwirtschaft, zu dem die schweizerische Exportwirtschaft ja gute Beziehungen pflegt, die Neigung besteht, die beiden Geschäfte zu einem grossen Paket zusammenzuschnüren.

Herr R e i m a n n nimmt Bezug auf die Bemerkungen von Herrn Dr. Lusser über die Vorstellungen der SP bezüglich IWF. Er weist darauf hin, dass es sehr schwierig und nur im Rahmen eines Kompromisses möglich war, den Parteitagsbeschluss, mit dem ein Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen seinerzeit ausgeschlossen worden war, wieder umzustossen. Auch wenn der Preis dafür recht hoch gewesen sein mag, so ist die Situation innerhalb der SP in dieser Sache nun wieder deblokiert.

Herr Dr. L u s s e r hat Verständnis für dieses Vorgehen, betont aber, dass es sich beim Ja der SP zu den Bretton-Woods-Institutionen nicht um ein unbedingtes Ja handelt.

III. Ausweise, Beilage zu den Ausweisen und Status

Bilans, annexes aux bilans et états de situation

Der B a n k a u s s c h u s s nimmt von den Ausweisen vom 10., 20., 30. April und 10. Mai 1990, von den Beilagen zu den Ausweisen vom 10., 20., 30. April und 10. Mai 1990 sowie vom Status vom 30. April 1990 Kenntnis.

Le C o m i t é d e b a n q u e prend connaissance sans discussion des bilans des 10, 20 et 30 avril et du 10 mai 1990, des annexes aux bilans des 10, 20 et 30 avril et du 10 mai 1990 ainsi que de l'état de situation du 30 avril 1990.

18. Mai 1990

d) Nächste Sitzung

Prochaine séance

Die nächste Sitzung des Bankausschusses findet am Freitag, den 15. Juni 1990, um 09.30 Uhr, statt.

Schluss der Sitzung 10.50 Uhr

Der Vorsitzende:

P. Gerber

Der Protokollführer:

Dr. H.-Ch. Kesselring

Bericht über die Wirtschafts- und
Währungslage: versandt am 23.5.1990

Protokollversand: 7.6.1990